

Drucks.-Nr. 1535/2025-2030

An die
Oberbürgermeisterin Dr. Christiana Bauer
Vorsitzende HWBA
im Hause
per Mail

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Fraktionsgeschäftsstelle

Ulrike Mann
Co-Fraktionsgeschäftsführerin

Niederwall
33602 Bielefeld
Tel.: +49 (0)521 51-2710
ulrike.mann@gruene-bielefeld.de

Bielefeld, den 10. Juni 2026

Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion

„Veranstaltungen in Bielefeld stärken – Ehrenamt unterstützen“

Beschlussvorschlag

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss begrüßt die in der Informationsvorlage 0997/2025-2030 dargestellten Arbeiten der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Unterstützung von Veranstaltungen in Bielefeld.

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss nach Abschluss der laufenden Prüfungen einen Bericht mit konkreten Maßnahmenvorschlägen vorzulegen.

Dabei soll insbesondere dargestellt werden:

1. welche Maßnahmen kurzfristig umgesetzt werden können,
2. welche Vereinfachungen bei Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie durch Digitalisierung und Standardisierung erreicht werden können,
3. wie bestehende Unterstützungsangebote für Veranstaltende weiterentwickelt werden können, insbesondere durch Musterlösungen, Mustersicherheitskonzepte, Beratungsangebote, gemeinsame Beschaffungen oder Rahmenverträge sowie den Verleih erforderlicher Infrastruktur,
4. welche organisatorischen und finanziellen Auswirkungen die vorgeschlagenen Maßnahmen haben,
5. welche Maßnahmen aus Sicht der Verwaltung die größte Entlastungswirkung für ehrenamtlich organisierte Veranstaltungen erwarten lassen.

Die Verwaltung wird ferner gebeten, die vorgeschlagenen Maßnahmen nach kurzfristig, mittelfristig und langfristig umsetzbaren Schritten zu priorisieren.

Ziel ist es, Veranstaltungen in den Stadtteilen zu stärken und ehrenamtliches Engagement mit möglichst wirksamen und zugleich wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen zu unterstützen.

Begründung

Mit der Informationsvorlage 0997/2025-2030 hat die Verwaltung deutlich gemacht, dass die Herausforderungen bei der Organisation von Veranstaltungen in den Stadtteilen erkannt sind und bereits intensiv bearbeitet werden. Die Einrichtung einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe, die Identifikation von 21 relevanten Themenfeldern sowie die Prüfung konkreter Entlastungsmöglichkeiten werden ausdrücklich begrüßt.

Gleichzeitig zeigt die Vorlage, dass die Herausforderungen über die Frage von Gebühren hinausgehen. Neben finanziellen Belastungen spielen insbesondere organisatorische Anforderungen, Genehmigungsverfahren, Sicherheitsanforderungen, fehlende Standardisierung sowie die Verfügbarkeit von Infrastruktur und Beratungsangeboten eine wichtige Rolle.

Der Ausschuss hat bereits eine dauerhafte Reduzierung der Sondernutzungsgebühren für Veranstaltungen in Zone 4 beschlossen. Nun gilt es, die weiteren von der Verwaltung identifizierten Handlungsfelder systematisch zu bewerten und daraus konkrete Maßnahmen abzuleiten.

Der beantragte Bericht soll daher den Fokus auf die Umsetzbarkeit und Wirksamkeit möglicher Entlastungen legen. Ziel ist es, mit vertretbarem finanziellem Aufwand möglichst große Verbesserungen für ehrenamtlich organisierte Veranstaltungen, Stadtteilsteste und andere lokale Initiativen zu erreichen.

Gez.

Romy Mamerow